



Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatl. 90.— Mk., wöchentl. 22.50 Mk. Durch die Post monatl. 90.— Mk., viertelj. 270.— Mk. (freibleibend). In Pommern: monatl. 600.— Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: 1/2 Spalten 15.— Mk., von auswärts 18.— Mk. Arbeitsmarkt u. W. Anzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Nachkategorie 50.— Mk., von auswärts 60.— Mk. Bei Weber, ang. Rabat. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkasskonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 3700.

Nr. 252 | Donnerstag, den 26. Oktober 1922 | 13. Jahrgang

Stützungsaktion und Regierungskrise.

Die Krise, die dem Kabinett Wirth in den letzten Tagen drohte, kann als vorläufig vertagt gelten. Der Reichstag ist am Dienstag auf wenige Wochen auseinandergegangen, ohne endgültig die Gegensätze auszutragen, die zwischen den Parteien bestehen. Das heißt nicht, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keinen Wert mehr darauf legt, bald positive Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark zu sehen. Im Gegenteil, sofort nach Beendigung der Reichstags-Sitzung am Dienstag trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen, um sich nochmals mit dem von ihr am Montag ausgestellten finanz- und wirtschaftspolitischen Programm zu beschäftigen und Schritte zu beraten, die unseren Vorschlägen zur Durchführung verhelfen sollen. Uebereinstimmend war die Fraktion der Auffassung, daß es unmöglich ist, mit der Beratung und Durchführung unserer Forderungen bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages zu warten, sondern sofort das Notwendige getan werden muß. Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt wurde deshalb zunächst ersucht, dem Reichskanzler Mitteilung davon zu machen, daß die Sozialdemokratie auf schnellste Fortführung der am Montag begonnenen, am Dienstag aber vertagten Parteiführerbesprechung, insbesondere aber auf der Besprechung der sozialdemokratischen Forderungen mit der Regierung besteht. Für die Beratungen mit der Regierung über die von der Fraktion gewünschten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt. Der Kommission gehören an die Genossen Hermann Müller, Hilferding, Breitfeld, Krätzig und Her. Falls sich im Verlauf der zu führenden Besprechungen Komplikationen ergeben, wird die Fraktion sofort zusammenberufen werden.

Gestern fanden nun erneute Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der sozialdemokratischen Kommission statt. Dabei dienten die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Dienstag als Grundlage. Als wichtigste Voraussetzung für die Besetzung der Wirtschaftsverhältnisse wurde eine planmäßige Aktion zur Stützung der Mark angesehen. Zu diesem Zweck soll ein Devisenfonds bereitgestellt werden, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft innerhalb der nächsten drei Monate zu befriedigen. Dafür sei ein Teil des Goldbestandes der Reichsbank in Anspruch zu nehmen. Die Sozialdemokraten sind für die Aufrechterhaltung der Devisenverordnung. Dem weiteren Fallen der Mark könne aber nur Einhalt getan werden, wenn auch die Devisenkontrolle verschärft wird. Um den Kapitalbesitzern Gelegenheit zu geben, ohne in fremde Devisen flüchten zu müssen, ihre Kapitalien gegen Entwertung zu sichern, wird die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe durch die Reichsbank verlangt. Neben den eigentlichen währungspolitischen seien auch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang verlangt die Fraktion erneut beschleunigte Steuererleichterung und Hemmung der Zuzufuhr. Es dürfe nicht zugelassen werden, daß Kartoffeln und Getreide für Erzeugung von Trinkbranntwein verbraucht werden. Auch die Forderung auf vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel wurde von der Fraktion erneut der Regierung gegenüber vertreten. Eine endgültige Ordnung und Gesundung unserer Wirtschaft könne nur herbeigeführt werden, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem günstigen Abschluß führen.

Sturm gegen den Achtstundentag.

V. Durch die Presse geht die Mitteilung, daß sich einer der größten unter den Schwerindustriellen des Rheinlandes, Herr August Thyssen, an den Reichskanzler mit einem Briefe gewendet hat, in der er den Kanzler auffordert, sich an die Spitze der Bewegung für die Wiedereinführung einer verlängerten Arbeitszeit zu setzen.

Dieser Vorstoß kommt nicht von ungefähr. Er bildet gewissermaßen ein weiteres sehr wesentliches Glied in der Kette der Versuche, die eine der wichtigsten sozialen Eigenschaften der Revolution, den Achtstundentag, aus der Welt zu schaffen. Nachdem Landwirtschaft und Industrie in entwerteter Papiermark ihre Goldschulden abgezahlt, entbehen sie endlich, daß etwas Durchgreifendes zur Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands geschaffen müsse. Aber nicht etwa in dem Sinne, daß die verschiedenartigsten Realwerte für das gesamte Volk nutzbar gemacht werden sollten. Der einzige Ausweg, den sie wissen, ist lediglich der Vorschlag, daß die Arbeiter und Angestellten längere Zeit wieder in die Arbeitsfront gespannt werden. August Thyssen beruft sich auf eine Zeitungsmeldung, wonach in Frankreich bereits die Aufhebung des Achtstundentages bei der Eisenbahn und der Handelsmarine erfolgt sei. Er behauptet, daß auch in Belgien schon seit längerem Bestrebungen auf Wiedereinführung der alten Arbeitszeit im Gange seien. Und selbstverständlich steht er darauf die Folgerung, daß nun erst recht Deutschland mit dem Rückschritt vorangehen müsse.

August Thyssen steht unseres Wissens der Zentrumspartei nahe. Und es ist sicher nicht ein bloßer Zufall, wenn auch die parlamentarische Zentrum-Parlamentar-Korrespondenz sich neuerdings in auffälliger Weise an die Seite derjenigen stellt, die die Arbeitszeit verlängern möchten.

All das sind aber nur Umschreibungen für die nackte Tatsache, daß auch das Zentrum drauf und dran ist, den Achtstundentag und die sozialen Rechte der Arbeiter besitzigen zu helfen, während es zu einer ernsthaften Maßnahme gegen die Bereicherungssucht und die Spekulationswut die Hand nicht reichen will.

Wahlrede Lloyd Georges.

Lloyd George legte in einer Rede auf der gestrigen Zusammenkunft der nationalen Liberalen die Politik seiner Anhänger dar. Die englische Politik müsse friedliebend, jedoch nicht furchtlos sein. Welche Regierung auch an der Macht sei, man dürfe ihr keinerlei parteiistische Opposition entgegenstellen. Man müsse eigne Politik des Friedens unterstützen. Dies sei der einzige Weg zum Wiederaufbau der Welt. England dürfe sich nicht an den Wagen irgendeines andern Laubes binden lassen. Wenn in der Frage der Meerengen England seine Aktion und seine Politik vollkommen von seinen Alliierten abhängig gemacht hätte, so würde die Freiheit der Meerengen verloren sein.

Ueber die Reparationsfrage sagte Lloyd George: Man sollte nicht versuchen, Deutschland irgendeine Zahlung aufzuerlegen, die seine Leistungsfähigkeit übersteige. Was jedoch innerhalb der Leistungsfähigkeit liege, müsse Deutschland bezahlen. Wenn man, um die Zahlungen innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu halten, die Forderungen ermäßigen müsse, so wolle er dazu erklären, er sei vollkommen dafür, aber es dürfe nicht ausschließlich auf Kosten Großbritanniens gehen. Er sei für fair plan auch für die Engländer; sie seien schwer befeuert und hätten riesige Opfer im Kriege gebracht. Solange nicht alle Nationen Europas und die Vereinigten Staaten im Völkerbunde seien, könne dieser nicht seinem vollen Zwecke dienen und werde nicht die notwendige Autorität und Macht haben. Das Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten müsse eines der Hauptziele jeder englischen Regierung sein.

Die Wahlvorbereitungen der Parteien.

Lloyd Georges Liberale werden unter dem Titel „Nationalliberale“ in den Wahlkampf treten, zur Unterscheidung von den Liberalen Asquiths, die als „Freie Liberale“ bezeichnet werden. Lloyd George hat für seine Partei zweifellos das meiste Geld zur Verfügung, aber er hat nur wenig Kandidaten. Man kann annehmen, daß er nicht mehr als 200 aufstellen kann.

Die Arbeiterpartei hat etwa 400 Kandidaten aufgestellt und rechnet stark darauf, 200 durchzubringen. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat 58 Kandidaten und verlangt von ihren Mitgliedern einen Zuschuß zum Wahlfonds von 5000 Pfund Sterling.

Die konservative Organisation, die den Sturz Lloyd Georges herbeiführte, hat ihre Wahlvorbereitungen am besten getroffen. Millionen von Flugschriften sind bereits vom Hauptquartier ausgefandelt worden, und zwei der verbreitetsten Flugschriften und Wahlsparolen sind „Sozialismus ist der rote Weg zum Ruin!“ und „Die Sozialisten verlangen Plankovollmacht, gebt ihnen einen Schuß!“

Das Kabinett Bonar Law.

Das neue Kabinett ist Dienstag abend folgendermaßen gebildet worden: Premierminister Bonar Law, Lordkanzler Viscount Cave, Vizepräsident des Geheimen Rates und stellvertretender Führer des Oberhauses Lord Saltburn, Schatzkanzler Baldwin, Staatssekretär des Innern Bridgeman, Staatssekretär des Kolonien Herzog von Devonshire, Staatssekretär des Heeren Viscount Peel, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Lord Curzon, Staatssekretär des Kriegsamt Lord Derby, Handelsminister Sir Philip Lloyd George, Erster Lord der Admiralität Amers, Gesundheitsminister Sir Arthur Boscawen, Landwirtschaftsminister Sir Robert Sanders. Einige Namen sind noch zu besetzen, auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht ernannt.

Bonar Law, der das neue konservative englische Kabinett gebildet hat und an seiner Spitze steht, ist ein Mann von 64 Jahren, der früher Teilhaber einer Eisenschmelze in Glasgow war und zum erstenmal im Jahre 1900 ins Parlament gewählt wurde. Bereits 1902 trat er als politischer Sekretär des Handelsamts in die Regierung ein und behielt diesen Posten bis zum Tode des Kabinetts Balfour bei. 1911 wurde er zum Vorsitzenden der konservativen Partei gewählt. Er gehörte dann dem ersten Koalitionsministerium, das Asquith nach Ausbruch des Krieges bildete, als Kolonialminister an. Der neue Premierminister genießt nicht nur bei seinen politischen Freunden hohe persönliche Achtung. Man rühmt seine Einfachheit und gradlinige Ehrlichkeit. Deutschland gegenüber ist er objektiv, und er gehört zu denen, die den Versailler Frieden in wesentlichen Punkten für un-durchführbar halten.

Englands Krise — Europas Krise.

Der Sturz Lloyd Georges ist vielen überraschend gekommen, und wer die akrobatischen Geschicklichkeit des salauen Walkers kennt, konnte annehmen, daß er sich auch aus der letzten Krise mit beiler Haut herauswinden würde. Wenn man sagt, daß Lloyd George gefallen ist, weil er schließlich auch die Konservativen, die für sich allein die Mehrheit im Unterhaus haben, gegen sich aufgebracht hat, und weil er sich auf seine große Partei stützen konnte, um dem Votum der Konservativen trotzend, das Parlament aufzulösen und an das Votum des Landes zu appellieren, so bleibt man damit nur an der Oberfläche der Ereignisse stehen. Es handelt sich um mehr als eine Ministerkrise. Die Tatsache, daß der noch vor kurzem so vergebliche Laufstapler, der ohne Unterbrechung 15 Jahre lang Minister gewesen ist, ohne unmittelbaren Anlaß zum Abgang erzwungen wurde, diese Tatsache allein verrät schon, daß unter dem an sich belanglosen Ereignis einer Ministerkrise die Tiefe einer historischen und nationalen Krise liegt, die heute notwendig eine internationale Krise ist.

Die geographische Lage Englands, verstärkt durch seine wirtschaftliche Situation, hat ihm seine Außenpolitik diktiert. Diese bestand darin, daß es sich seit Jahrhunderten in die Politik der Großmächte nicht näher einmischte, sondern darüber wachte, daß seine Macht für sich allein oder im Bündnis mit andern Mächten eine übertragende Machtstellung gewann. Bestand eine solche Möglichkeit, wie unter Napoleon I., dann warf England die ganze Macht, die ihm zu Gebote stand, in die Waagschale und gab den Kampf nicht eher auf, bevor es ihn ganz gewonnen hatte.

Die gleiche Politik verfolgte England im Weltkriege. Ohne die Hohomontaden Wilhelms des Ersten, ohne seine „Weltmachtspolitik“, ohne die unerbittlichen Ziele der Alldeutschen, die von Kiel bis Bagdad herrschen wollten, ohne diese ganze Politik d. d. Größenwahns wäre England nie in den Krieg eingezogen, und wenn es in den Krieg gegangen wäre, würde es nicht bis zur Zerschmetterung Deutschlands durchgehalten haben, wenn die regierenden Alldeutschen nicht die Eroberung Belgiens und der französischen Küste bis zum Mittelmeer als Kriegsziel aufgestellt hätten. Man kann aber die Größe des Anteils der Schuld der ehemaligen kaiserlichen Regierung am Ausbruch des Krieges streiten. Was diese aber ein für allemal vor dem Richterstuhl der Geschichte verurteilt, ist ihre bodenlose Oberflächlichkeit, ihre entsetzliche Unwissenheit der geschichtlichen Notwendigkeiten, der Geschichte überhaupt.

Lloyd George ging also bis zum Anschlag. Aber schon in Versailles erkannte er, daß er über das Ziel hinausgeschossen hatte, daß er gerade die Gefahr, die er bannen wollte, zur Wirklichkeit gemacht hatte: die überragende Vorherrschaft einer Macht auf dem Festlande. Er hat in Versailles und seitdem unablässig und zäh gerungen, um das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen. In Versailles glaubte er dies am besten zu tun, wenn er die Stellung Englands so viel wie nur irgend möglich fürchte, damit dieses, in German-

